

02
25

Informationen und Meinungen

Ein Informationsservice der deutschen Braunkohle



Braunkohlentag 2025

Die Braunkohle ist Mitgestalter der Energiewende

Verlässlichkeit ist unverändert ein Kernwert der deutschen Braunkohlenindustrie, erklärte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Dr. Philipp Nellesen anlässlich des diesjährigen Braunkohlentags in Halle/Saale. „Wir sind da, wenn wir gebraucht werden. Wir leisten unseren Beitrag zur Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in der Stromversorgung. Wir stellen uns dem gesellschaftlichen Willen und leisten unseren Beitrag in der Energiewende, dem Strukturwandel und der Wiedernutzbarmachung,“ so Nellesen weiter und wies darauf hin, dass der diesjährige Braunkohlentag auf eine 140jährige Geschichte des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins sowie auf eine 30jährige Tätigkeit der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) zurückblickt.

Nellesen erinnerte daran, dass die aktuellen globalen Konflikte und Entwicklungen massive wirtschaftliche, politische und militärische Risiken geschaffen haben, die Welt verändern und „uns alle vor neue Herausforderungen stellen“. Die internationalen Entwicklungen und der Wunsch nach Problemlösungen dürfe aber nicht gänzlich den Blick auf heimische und vielfach hausgemachte Aufgaben und Herausforderungen verstellen, so Nellesen weiter. Deutschland sei zum Schlusslicht beim Thema Wirtschaftswachstum in den G7-Ländern abgestiegen. Die neue Bundesregierung wolle dies ändern und „wir hoffen natürlich, dass es gelingt“, sagte Nellesen.

Die Bedeutung der Industrie für Deutschland könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Industrie ist und bleibt Rückgrat der deutschen Wirtschaft, schafft und sichert Arbeitsplätze und steht für tatsächliche Wertschöpfung. Die Industrie sei unverändert Grundlage für Wohlstand und ermögliche politische Handlungsspielräume. Doch Bürokratie, Berichtspflichten und hohe Energiekosten sorgen für Belastungen und beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Hinzu kommen zahlreiche umweltrechtliche Verpflichtungen und Rechtsunsicherheiten.

Gerade auch die Unternehmen der Energiewirtschaft wurden in den zurückliegenden Jahren immer wieder vor unsichere Rahmenbedingungen gestellt. So habe die Formulierung des Koalitionsvertrages, „idealerweise 2030“ aus der Kohleverstromung auszusteigen, in der Lausitz und in Mitteldeutschland für große Unruhe gesorgt. In der konkreten Planung eines trägen Tagebausystems mit Abraumbewegungen und laufender Kohlegewinnung mache es einen gravierenden Unterschied, ob die Einstellung der Kohleförderung acht Jahre früher oder später kommt, kritisierte Nellesen.

In den zurückliegenden drei Jahren haben die DEBRIV-Mitgliedsunternehmen die Energiewende in Deutschland durch den Ausbau der erneuerbaren Energien maßgeblich vorangetrieben und eine „Projektpipeline von fast 10 Gigawatt aufgebaut“, berichtete der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende auf dem diesjährigen Braunkohlentag. „Wir hätten aber gern noch mehr investiert. Nicht zuletzt in Gaskraftwerke,

«Verlässlichkeit
ist ein Kernwert.»

DR. PHILIPP NELLESSEN,
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER

Sonderausgabe
Braunkohlentag
2025

«Wir hätten gern noch mehr investiert.»

DR. PHILIPP NELLESSEN,
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER

«Unsere Kraftwerke sind verlässliche Partner.»

DR. PHILIPP NELLESSEN,
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER



Download
Pressemitteilung DEBRIV
<https://debriv.de/braunkohlentag-2025-sichere-und-bezahlbare-energie-sowie-verankerung-in-den-revieren-bilden-kernwerte-der-braunkohle-industrie/>

bevorzugt an unseren voll erschlossenen Kraftwerksstandorten,“ sagte Nellesen. Das diesbezügliche Gesetz wurde aber zu spät vorgelegt, ist bürokratisch und Technologievorgaben sowie komplexe Vorgaben belasten die Investitionsentscheidungen.

Politische Unsicherheiten erschweren den Unternehmen der Braunkohleindustrie die Planung und die Arbeit. Dennoch wurde der CO₂-Ausstoß seit 1990 um 60 Prozent gesenkt. Auch der Wasserverbrauch und der Bodenaushub wurden reduziert. Jetzt sorgen zwei neue Vorschläge der EU für Unsicherheit. Im Fall des Wasserrechtes bedeutet dies, dass zukünftig Genehmigungen für Industrien, in deren Prozessen Wasser eine Rolle spielt, deutlich erschwert werden und manchmal nicht mehr möglich sind. Im Fall des Bodenschutzes soll die Umlagerung von Boden als Verschlechterung definiert werden und damit in der Regel nicht mehr möglich sein. Im Bergbau ist die Umlagerung von Boden aber unumgänglich. In einem Industrieland müsse, so der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende, zumindest sicher sein, dass in Genehmigungsverfahren eine Abwägung mit den anderen öffentlichen Interessen möglich ist und auf dieser Basis Genehmigungen erteilt werden können. Der DEBRIV hat zusammen mit anderen Verbänden der Rohstoffgewinnung seine Bedenken geäußert und unter anderem über den Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) artikuliert.

Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende begrüßte, dass die energiepolitischen Ziele der neuen Bundesregierung im Wesentlichen in die richtige Richtung gehen und Perspektiven für eine stabilere Zukunft bieten. Insbesondere die Zusage, an den in den jeweiligen Revieren bestehenden Vereinbarungen zum Kohleausstieg festzuhalten, gebe Planungssicherheit. Auch die Vereinbarung, die Dauer von Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen zu verkürzen, begrüßt der DEBRIV. Hier dürfe eine Verfahrensbeschleunigung jedoch nicht zu Lasten der Rechtssicherheit gehen. Wenn Genehmigungen schneller kommen und die Zeit im Anschluss durch Klageverfahren wieder verloren geht, sei nichts gewonnen. Kritik übte Nellesen an der Idee, Reservekraftwerke zum Einsatz zu bringen, um Preisspitzen zu kappen. Braunkohlekraftwerke arbeiten zunehmend in der Mittellast. Preisspitzen tragen dazu bei, um Erzeugungskapazitäten in Tiefpreisphasen einsatzbereit zu halten. Entscheidend für Verbraucher sind die Stromkosten im Jahresmittel, nicht die Kappung kurzfristiger Preisspitzen. „Positiv sehen wir den Vorschlag der neuen Wirtschaftsministerin, zeitnah bis zu 20 Gigawatt flexible Gaskraftwerke zuzubauen, um die sichere Versorgung in Deutschland aufrecht zu halten,“ sagte Nellesen.

„In Zeiten unsicherer und teurer Energieimporte sind unsere Braunkohlekraftwerke verlässliche Partner,“ erklärte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende auf dem Braunkohlentag in Halle/Saale. Braunkohleanlagen gleichen die schwankenden Netzeinspeisungen von Wind- und PV-Anlagen zuverlässig aus und sind jederzeit verfügbar. „Unsere Kraftwerke wurden deutlich flexibler gestaltet, so dass auch durch die Braunkohlekraftwerke eine effiziente Abdeckung der Stromspitzen gewährleistet werden kann,“ stellte Nellesen klar. Die Transformation in den Revieren und in den Braunkohleunternehmen schreitet dynamisch voran. Zukunftsprojekte und die Wiedernutzbarmachung der Tagebaue sind

Moderatorin Wiebke Binder in der Talkrunde mit Dr. Philipp Nellesen, MdB Dr. Saskia Ludwig, IHK-HGF. Prof. Dr. Thomas Brockmeier und Dr. Christof Günther, InfraLeuna GmbH



weltweit vorbildlich. In den Revieren werden neue Kultur-, Wirtschafts- und Naturräume geschaffen. Kraftwerksabschaltungen sind ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität. „Wir sorgen dafür, dass die betroffenen Regionen nicht zurückgelassen werden. Die Investitionen in erneuerbare Energien und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Zukunftsprojekten sind ein Zeichen des Engagements der Braunkohleindustrie für eine nachhaltige Zukunft,“ erklärte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Der Kohleausstieg ist fixiert und die gesetzlich festgelegten Ausstiegszeitpunkte werden von den Unternehmen der Braunkohleindustrie akzeptiert. Die Unternehmen sind Teil der Lösung und investieren in erneuerbare Energien und Energiespeicher. Sie gestalten die wirtschaftliche, ökologische und soziale Transformation in den Regionen aktiv mit und entwickeln bisherige Standorte zukunftssicher weiter. Zu einem erfolgreichen Strukturwandel gehöre auch, dass die mit dem Kohleausstieg verbundenen öffentlichen Mittel final fließen.

Die Braunkohleunternehmen sichern weiterhin zehntausende Arbeitsplätze und hunderte Ausbildungsplätze. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag für die Zukunft junger Menschen in den Revieren. Für den erfolgreichen Strukturwandel und die Energiewende braucht es neben der Unterstützung durch die Revierländer auch auf Bundesebene eine verlässliche und am beschlossenen Kraftwerksstilllegungsplan orientierte Energie- und Klimaschutzpolitik.

Talkrunde zur aktuellen Klimapolitik

Zusammen mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau, Prof. Dr. Thomas Brockmeier, sowie dem Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH, Dr. Christof Günther, und der Bundestagsabgeordneten Dr. Saskia Ludwig diskutierte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende im Rahmen einer Talkrunde auf dem diesjährigen Braunkohlentag seine Thesen und Problembeschreibungen. Günther schilderte die Risiken für die mitteldeutschen Chemiestandorte, die sich aus den anhaltend hohen Energiepreisen ergeben haben und mochte Stilllegungen und Abwanderungen im Bereich der Grundstoffindustrie nicht ausschließen. IHK-Hauptgeschäftsführer Brockmeier weitete das Krisenszenario auf die in Mitteldeutschland ansässige Automobil- und Zuliefererindustrie aus. Als Abgeordnete im Deutschen Bundestag und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie werde sie nachdrücklich für die Belange der heimischen Industrie eintreten, sagte Saskia Ludwig. Auch ginge es darum, industriekritische Haltungen und Stimmungen zu beseitigen und wirkungsvolle Entlastungen für besonders betroffene Unternehmen herbeizuführen.

Sachsen-Anhalt

Landesregierung unterstützt und fördert Industrie

Die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt bleibt angespannt, betonte Wirtschaftsminister Sven Schulze auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale. Die Wirtschaftsleistung



Download Regierungserklärung des
Wirtschaftsministers von Sachsen-Anhalt
[https://mwl.sachsen-anhalt.de/news-detail/
minister-sven-schulze-wir-werden-die-chancen-
durch-bundespolitischen-kurswechsel-nutzen](https://mwl.sachsen-anhalt.de/news-detail/minister-sven-schulze-wir-werden-die-chancen-durch-bundespolitischen-kurswechsel-nutzen)

Wirtschaftsminister Sven Schulze im Gespräch mit MdB Dr. Saskia Ludwig



«Klare Ausstiegsziele für die Kohle sind unverzichtbar.»

SVEN SCHULZE, MINISTER FÜR
WIRTSCHAFT, TOURISMUS,
LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES LANDES SACHSEN-ANHALT

ist 2024 in Sachsen-Anhalt um 0,9 Prozent zurückgegangen. Durch eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bund und einem klaren Kurs zur Unterstützung der heimischen Wirtschaft setzt die Landesregierung auf gezielte Maßnahmen, um den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt zu stärken. „Die Lage ist herausfordernd“, sagte Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister. Man sei in engem Austausch mit den Unternehmen. Die Landesregierung lasse niemanden allein. Es würden alle zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um Betriebe zu unterstützen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Besonders betroffen sind derzeit das Verarbeitende Gewerbe und die Industrie. Die landesweite Bruttowertschöpfung in diesen Sektoren ist um 3,6 Prozent zurückgegangen. „Ein Grund dafür sind die weiterhin hohen Energiepreise“, erklärte Minister Schulze. Aber auch strukturelle Wettbewerbsnachteile wirken sich negativ aus. Deshalb setze die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf die im Koalitionsvertrag verankerten Hilfsmaßnahmen und arbeite eng mit dem Bund zusammen. „Auf Bundesebene sind wichtige Entlastungen angekündigt worden, unter anderem die Einführung eines Industriestrompreises und die Senkung der Stromsteuer. „Diese Maßnahmen sind entscheidend für unsere energieintensiven Branchen wie die Chemieindustrie,“ so der Minister weiter. Zusätzlich zu den Maßnahmen auf Bundesebene plant Sachsen-Anhalt eigene Programme zur Unterstützung betroffener Branchen. Dazu zählen gezielte Förderprogramme für die Automobilzulieferindustrie und die Chemiebranche. Auch der Strukturwandel brauche Zeit, deshalb sei die klare Festlegung der Bundesregierung auf die Ausstiegsziele für die Kohleverstromung unverzichtbar und begrüßenswert.

Strukturwandel sorgt für viele positive Nachrichten

Stefanie Pöttsch, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt betonte auf dem diesjährigen Braunkohlentag, dass der kohlebedingte Strukturwandel in Mitteldeutschland zu Neuansiedlungen und Neuausrichtungen von Unternehmen führe. Dies werde zu oft durch Negativschlagzeilen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes überdeckt. Der Ausstieg aus der Gewinnung und Verstromung von Kohle führe zur Klimaneutralität und damit auch zu neuen Formen der Energiegewinnung. Wichtig sei, das Angebot von Energie nicht zu verknappten und damit noch teurer zu machen. Die mitteldeutschen Braunkohleunternehmen MIBRAG und ROMONTA haben, so Pöttsch, viele Ideen für einen schnellen und dynamischen Strukturwandel eingebracht und sind dabei, diese umzusetzen. Beide Unternehmen zeigen, wie Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt versuche, mit Infrastruktur zu helfen, zu finanzieren und zu fördern. Belastend sei die Gleichzeitigkeit von Energiekrise und Fachkräftemangel. Der Strukturwandel in den Kohlerevieren gehe über in eine umfängliche Transformation der Wirtschaft und letztlich in eine Transformation der Gesellschaft, sagte Pöttsch. Damit ergebe sich ein großer Erklärungsbedarf. Als Beispiel führt die Staatssekretärin die Region Bitterfeld an. Heute werde die Region durch eine funktionierende Industrie und zugleich einen

«Wir werden die Industrien in ihrer Vielfalt unterstützen.»

STEFANIE PÖTZSCH, STAATSEKRETÄRIN
IM MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT,
TOURISMUS, LANDWIRTSCHAFT UND
FORSTEN DES LANDES SACHSEN-ANHALT

Moderatorin Wiebke Binder in der Talkrunde mit Dr. Philipp Nellessen, Stefanie Pöttsch, Dr. Achim Eichholz und Christian Jäschke



florierenden Tourismus geprägt. Beides gehe gut zusammen. Zentral sei die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze. „Wir werden die Industrien in ihrer Vielfalt auch weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten aber immer tatkräftig unterstützen,“ erklärte Pöttsch. Dies geschehe aus Mitteln des Strukturwandels, aber die Landesregierung von Sachsen-Anhalt werde auch Unternehmen und Zukunftsprojekte direkt unterstützen.

Talkrunde zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt

Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Philipp Nellessen bekräftigte in der auf die Ausführungen der Staatssekretärin folgende Diskussionsrunde die wichtige Rolle der Braunkohleunternehmen im laufenden Strukturwandel. Sein Unternehmen, die LEAG, habe hinsichtlich des Strukturwandels einen großen Schritt nach vorn gemacht und sich in den zurückliegenden Monaten organisatorisch neu aufgestellt. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, neue Projekte und damit den Strukturwandel stringenter zu verfolgen. Der Vorsitzende der Geschäftsführung der MIBRAG, Dr. Armin Eichholz, wies auf die Expansion seines Unternehmens in neue Geschäftsfelder hin, vor allem in erneuerbare Energien-Anlagen, die auf eigenen früheren Bergbauflächen errichtet werden. Die MIBRAG werde die Wertschöpfungskette vom grünen Strom bis zur Gewinnung von Wasserstoff verlängern. Derzeit konzentriere sich die MIBRAG auf robuste Schritte, also PV-Parks und Windanlagen. Die Verlängerung der Wertschöpfungskette um die Wasserstoffelektrolyse sei, so Eichholz, in Vorbereitung. Aber es fehlen nach wie vor die wirtschaftlichen Voraussetzungen, um Investitionsentscheidungen treffen zu können. Eichholz dankte der Landesregierung von Sachsen-Anhalt für ihre Bereitschaft, diesen Schritt mit Strukturmitteln zu unterstützen. Das Kerngeschäft der MIBRAG bleibe der Strommarkt, „der sich stark verändert hat und uns vor große Herausforderungen stellt“, sagte Eichholz.

Christian Jäschke, Geschäftsführer der ROMONTA Holding GmbH, betonte den intensiven Austausch mit der Landesregierung und den Landkreisen. Die ROMONTA fokussiere auf die stoffliche Nutzung der Braunkohle und weniger auf die Stromerzeugung. Dennoch sei sein Unternehmen Teil der Transformation. „Wir wollen an der stofflichen Nutzung festhalten, dazu brauchen wir Mitarbeiter, verlässliche Rahmenbedingungen und eine wirkungsvolle Entbürokratisierung,“ sagte Jäschke.

Wirtschaftsstaatssekretärin Pöttsch bekräftigte den Bedarf an Informationen aus den Unternehmen, dazu gebe es Kontakte und Gespräche. Auf Basis der so gewonnenen Erkenntnisse trage Sachsen-Anhalt die Anliegen an die Bundesregierung heran. Plattformen für den Dialog mit dem Bund seien der Bundesrat und die Wirtschaftsministerkonferenz. Letztere ist in der Lage, Themen und Ziele zu adressieren und mit klaren Prüfaufträgen zu hinterlegen. Die Landesregierung erkenne die Leistung der Unternehmen. Sie suchen neue Geschäftsfelder und Ideen, behalten Menschen in der Beschäftigung und geben denen Perspektiven, die in der Region bleiben wollen oder neu hierherziehen, sagte Pöttsch. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sende vielfältige neue Signale.

«DIE MIBRAG VERLÄNGERT IHRE WERT- SCHÖPFUNGSKETTEN.»

DR. ARMIN EICHHOLZ, VORSITZENDER
DER MIBRAG-GESCHÄFTSFÜHRUNG

«ROMONTA FOKUSSIERT AUF DIE STOFFLICHE NUTZUNG DER BRAUNKOHLE.»

CHRISTIAN JÄSCHKE, SPRECHER DER
ROMONTA HOLDING GMBH

Plenum des Braunkohlentags 2025 in Halle/Saale



„Details müssen wir jetzt verhandeln“, so Pötzsch. In Sachsen-Anhalt bleibe das Datum für den Kohleausstieg das Jahr 2038. Für den Erfolg der Energiewende „benötigen wir wahrscheinlich etwas mehr Zeit und mehr Flexibilität“, so Pötzsch.

MIBRAG-Geschäftsführer Eichholz betonte den sozialen Zusammenhalt und die bergbauliche Tradition Mitteldeutschlands, beides könne helfen, dem aktuellen wirtschaftlichen Druck zu begegnen. Eichholz plädierte dafür, die Bedeutung der EU für die Gestaltung der Rahmenbedingungen zu erkennen. Dies gelte sowohl für Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit aber auch für Bestimmungen zu Lasten der Industrie. Notwendig sei jetzt ein neues Kraftwerksgesetz, das auch den europäischen Anforderungen genüge. Die Gesellschaft müsse zur Kenntnis nehmen, dass nicht alles was politisch erwünscht ist, sich wirtschaftlich rechnet und umgekehrt nicht alles politisch erwünscht ist, was sich wirtschaftlich rentiert. So wurde der Kohleausstieg ohne Rücksicht auf andere Industriezweige beschlossen. Der Kohleausstieg umfasse nicht nur den regionalen Strukturwandel, sondern habe Auswirkungen auf viele Industriezweige. „Mein Wunsch ist,“ so Eichholz, „dass wir den Kohleausstieg vollziehen, aber auch bereit sind, erforderliche Korrekturen vorzunehmen.“

LMBV

30 Jahre erfolgreiche Bergbausanierung

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) ist seit 30 Jahren für die Folgen, die der Braunkohlebergbau der DDR zwischen 1949 und 1990 hinterlassen hat, verantwortlich, erklärte der Sprecher der Geschäftsführung und technische Geschäftsführer der LMBV, Bernd Sablotny, auf dem diesjährigen Braunkohlentag. Viele Aufgaben in der Rekultivierung sowie der Gefahrenabwehr seien in den zurückliegenden drei Jahrzehnten erfolgreich bewältigt worden. Aber man habe erkannt, dass weiterhin viele Aufgaben bestehen. Bestimmt werde die Aufgabe der LMBV durch das gesetzlich fixierte Ende des Bergbaus, die Verwertung von aus der Bergaufsicht entlassenen Flächen, die Bewirtschaftung und Pflege von Wasserflächen sowie speziell in der Lausitz die Innenkippsanierung.

Alle ehemaligen Bergbauflächen sind durch die LMBV so zu sanieren, dass von ihnen keine Gefahren mehr ausgehen. Die Flächen müssen in eine Bergbaufolgelandschaft mit unterschiedlichen Zielen und Aufgaben überführt werden. Allein 2024 konnten rund 1.600 Hektar (ha) an neue Nutzer übergeben werden. In Mitteldeutschland sollen in den nächsten 15 bis 20 Jahren ungefähr 90 Prozent der Flächen aus der Bergaufsicht entlassen werden, in der Lausitz etwa 30 Prozent. Im Bereich Wasser haben sich die Aufgaben gewandelt. Am Anfang stand die Flutung der Restseen. Ab 2010 ging es darum, stärker in die Bewirtschaftung der Gewässer einzutreten. Derzeit betreut die LMBV rund 50 Seen in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier.

Aktuell sind laut Sablotny Innenkippen mit einer Gesamtfläche 30.000 ha gesperrt. Für die

LMBV-Sprecher Bernd Sablotny (links) und Moderatorin Wiebke Binder mit Dr. Markus Kosma, Bastian Zimmer und Dr. Thomas Koch



Sanierung hat die LMBV etwa drei Milliarden Euro und einen Zeitaufwand von 50 Jahren ermittelt. Mit nur 20 Prozent dieser Kosten könnten aber 80 Prozent der Flächen in den nächsten 20 Jahren freigegeben werden.

Diskussionsrunde zur Rekultivierung

Im Rheinland hat die Rekultivierung eine rund 100jährige Tradition, berichtete Dr. Markus Kosma von der RWE Power AG. Das Rheinische Revier war und ist stark landwirtschaftlich geprägt, deshalb werden vorrangig wertvolle Böden wiederhergestellt und an die Landwirtschaft zurückgegeben. Es gebe aber auch eine hervorragende forstwirtschaftliche Rekultivierung und Erfahrungen mit der Rekultivierung von Wasserflächen und Flussverläufen. Jetzt geht es im Rheinischen Revier darum, drei große Tagebauseen herzustellen. Dazu bedarf es einer Wasserzuführung vom Rhein. „Wir sind schon seit einigen Jahren dabei, diese Zuführung zu den Tagebauen Hambach und Garzweiler zu planen. Das ist ein großes Projekt mit vielen Beteiligten. Wir werden in diesem Jahr die ersten Bauabschnitte für die Rheinwassertransportleitung angehen und dann werden die Menschen erkennen, dass die Landschaft im Wandel ist. Es geht im Rheinland nicht nur um das Ende der Braunkohle, sondern es entsteht etwas Neues,“ sagte Kosma. Wiedernutzbarmachung ist kein Spannungsfeld. Im Gegenteil: Wiedernutzbarmachung sei eine Leistung für Umwelt, Infrastruktur und Zukunft. Rekultivierung ist vielfältig und werde von den Menschen in der Region auch so empfunden. Es entstehen Naherholungsbereiche und eine hohe Biodiversität. Wir haben nicht nur die Bergbauflächen in der Rekultivierung, auch die Kraftwerksstandorte werden einer Nachnutzung zugeführt, zum einen im Energiebereich mit Speichern und Gaskraftwerken. Aber auch andere Infrastrukturen stehen einer Nachnutzung zur Verfügung. Und auf den Rekultivierungsflächen entstehen Wind- und PV-Anlagen. Zu jedem Tagebau gibt es im Rheinland eine Umfeld-Initiative, durch die die gesetzlichen Pflichten zur Rekultivierung und die darüber hinaus gehenden Erwartung der Nachfolgenutzung vor allem auf kommunaler Ebene in Einklang gebracht werden.

Bastian Zimmer von der MIBRAG berichtete, dass die MIBRAG seit 1994 rund 2.000 ha Bergbaufläche wieder nutzbar gemacht hat. Das seien 80 Prozent der Fläche, die bisher durch das Unternehmen in Anspruch genommen worden sind. Das sei eine gute Bilanz. Ähnlich wie im Rheinland sei viel landwirtschaftliche Fläche wieder nutzbar gemacht worden, aber auch große zusammenhängende Waldflächen entstanden. Bis 2035, dem Enddatum für die Kohleverstromung im Mitteldeutschen Revier, sollen rund 3.500 ha Fläche wieder nutzbar gemacht werden.

In der Lausitz stehen nach Angabe von Dr. Thomas Koch von der LEAG über 33.000 ha Fläche für die Wiedernutzbarmachung zur Verfügung. Das sei sehr viel und eine Herausforderung für die traditionell enge und konfliktarme Kooperation mit Land- und Forstwirten. Daneben werde in der Lausitz großer Wert auf die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Bergbauflächen im Rahmen der Bergbaufolgenutzung gelegt. Ergänzend fügte Markus Kosma hinzu, dass Rekultivierungsflächen überall intelligent und konfliktarm genutzt werden sollten. Zudem bestehe weiterhin die Aufgabe der Kohlebereitstellung für die Kraftwerke. Der Übergang von Bergbau zum Nachbergbau verlaufe fließend.

**«Wiedernutzbarmachung
ist eine Leistung
für Umwelt, Infrastruktur
und Zukunft.»**

DR. MARKUS KOSMA, RWE POWER AG

**DEBRIV-Vorstand Lars Kulik
verabschiedet Dr. Philipp Nellessen**



**Der DEBRIV-Vorstand wählte
Jörg Waniek zum neuen Vorsitzenden**



Personalie I

DEBRIV wählt neuen Vorstandsvorsitzenden

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein e.V. (DEBRIV) hat auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale Jörg Waniek zum neuen Vorsitzenden des Vorstands gewählt. Waniek ist seit 2019 Personalvorstand der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG). Der 56-jährige Jurist Jörg Waniek hat an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen und der Universität Bayreuth Jura studiert und mit dem 1. und 2. Staatsexamen abgeschlossen. Von 1998 bis 2002 war er bei der Mitteldeutschen Energieversorgung AG (MEAG) in Halle als Justitiar und in der Unternehmensentwicklung tätig und von 2002 bis 2009 bei der envia Mitteldeutsche Energie AG in Chemnitz, wo er die Bereiche Personalservice und Strategisches Personalmanagement verantwortete. Es folgte der Wechsel als Leiter Personalmanagement zur Vattenfall Europe Mining AG und Vattenfall Europe Generation AG, die seit 2016 unter der Marke LEAG firmieren. Jörg Waniek ist verheiratet, Vater einer Tochter und lebt mit seiner Familie in der Lausitz.

Waniek folgt im Vorsitz des DEBRIV-Vorstands auf Dr.-Ing. Philipp Nellessen, der zum 30. Juni 2025 bei der LEAG ausscheidet und auf dem diesjährigen Braunkohlentag das Amt des DEBRIV-Vorstandsvorsitzenden niederlegte. Nellessen war seit 2021 Vorstand Produktion bei der LEAG und seit 2022 Vorstandsvorsitzender des DEBRIV. Auf dem Braunkohlentag erklärte Nellessen: „Meine Entscheidung begründet sich aus dem Wunsch, nach vier Jahren in Cottbus wieder eine berufliche Heimat im Ruhrgebiet zu finden. Die Arbeit in der Braunkohle hat mir stets viel Freude bereitet und ich bin stolz darauf, einen Teil meines Berufslebens in dieser traditionsreichen Industrie verbracht zu haben.“ Vorstand und Geschäftsführung des DEBRIV dankten Nellessen für sein Engagement. Er habe sich mit großer Hingabe dem Industriezweig und dem Verband gewidmet.



Download
Pressemitteilung DEBRIV
[https://debriv.de/
debriv-waehlte-neuen-vorstandsvorsitzenden/](https://debriv.de/debriv-waehlte-neuen-vorstandsvorsitzenden/)

Personalie II

Wechsel in der Hauptgeschäftsführung

Zum 1. Juni 2025 übernahm Philipp Schollmeyer die Hauptgeschäftsführung beim Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein e. V. (DEBRIV). Er tritt die Nachfolge von Dr. Thorsten Diercks an, der nach langjähriger Tätigkeit für den DEBRIV in den Ruhestand gehen wird. Philipp Schollmeyer, Jahrgang 1983, ist Diplom-Ingenieur für Maschinenbau und arbeitete seit 2009 bei der RWE Power AG, zunächst in verschiedenen Positionen in den Tagebauen Garzweiler sowie Hambach. Seit 2020 war Schollmeyer als Referent Zukunftsgeschäfte und Sonderprojekte für Strukturwandalthemen im Rheinischen Revier wie die Rheinwassertransportleitung mitverantwortlich.

Dr. Thorsten Diercks, Jahrgang 1961, begann seine berufliche Laufbahn 1991 beim DEBRIV. Von 2005 bis 2010 war er als Generalsekretär beim Spitzenverband der europäischen Kohleindustrie EURACOAL in Brüssel tätig. 2010 wurde er zum Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e. V. (VRB) bestellt. Ab 2017 übernahm er zudem die Hauptgeschäftsführung des DEBRIV in Berlin.



Download
Pressemitteilung DEBRIV
[https://debriv.de/debriv-kuendigt-wechsel-in-
hauptgeschaeftsfuehrung-an/](https://debriv.de/debriv-kuendigt-wechsel-in-hauptgeschaeftsfuehrung-an/)

IMPRESSUM

Herausgeber

DEBRIV - Bundesverband Braunkohle
Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin
Philipp Schollmeyer
t + 49 30 315182-22

Internet: www.braunkohle.de

Redaktionsschluss: 12.07.2025
Druckauflage: 3.000 Exemplare

Abschiedsrede von Dr. Thorsten Diercks



Philipp Schollmeyer/Dr. Thorsten Diercks

